

Bern, 27. Mai 2016

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Die ordentliche schweizerische Frühlingsversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 05. Juni 2016 beschlossen:

Ja zur Volksinitiative „Pro Service public“:

Die Initiative will die Qualität des „Service public“ in der Bundesverfassung verankern. Bundesnahe Betriebe wie die Post, die SBB und die Swisscom sollen demnach eine flächendeckende Grundversorgung zu angemessenen Preisen anbieten. Eine nicht gewinnorientierte Geschäftspolitik sorgt dafür, dass die Gelder in den jeweiligen Unternehmungen verbleiben und entsprechend reinvestiert werden. Genauso ist auf Quersubventionierungen (Finanzierung anderer Zweige der Bundesverwaltung) zu verzichten. Des Weiteren kann man eine vollumfängliche Kostentransparenz nur mit der vollständigen Abgrenzung des festgelegten Versorgungsauftrags zu allen übrigen Leistungen garantieren. Die Schweizer Demokraten (SD) verurteilen den Abbau des „Service public“ mittels Poststellenschliessungen und chronischen Preiserhöhungen beim Bahnverkehr. Im Gegenzug erhalten die CEO's dieser Betriebe exorbitante Saläre. Diese sind den Löhnen der Bundesverwaltung gleichzustellen. Die SD haben zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“:

Dieses Anliegen verlangt, dass jede in der Schweiz lebende Person ein garantiertes finanzielles Einkommen hat. Dabei schlagen die Initianten monatlich Fr. 2'500 für Erwachsene und Fr. 675 für Minderjährige vor. Die Folgen eines solchen radikalen Systemwechsels wären wohl verheerend, zumal keinerlei Anreiz mehr bestünde, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Aufgrund fehlender Steuererträge müsste schliesslich der Staat selbst massive Einbussen hinnehmen. Zudem hätten alle in der Schweiz lebenden Personen Anrecht auf dieses Grundeinkommen, was in Zusammenhang mit den aktuellen Flüchtlingsströmen einen immensen Anstieg der Asylumigration provozieren würde. Die Schweizer Demokraten (SD) erkennen die gut gemeinte Absicht hinter dieser Initiative. Lösungen sollte jedoch im Rahmen des vorhandenen Sozialwesens gefunden werden. Zu erwähnen sind etwa Mindestlöhne, höhere Taggelder für Stellenlose oder aber mehr Arbeitsplätze für sogenannte Leistungseingeschränkte. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“:

Die Initianten wollen, dass zukünftig der gesamte Ertrag der Verbrauchssteuer sowie der Nationalstrassenabgabe vollumfänglich dem Strassenverkehr zugutekommt. Dabei sind bei der aktuellen Regelung lediglich 50% zweckgebunden. Die andere

Hälfte, welche in die Bundeskasse fließt, würde den Fiskus in seinem Handlungsspielraum beträchtlich einschränken. Einschneidende Sparpakete wären die Folge. Zudem hätte eine solche Verteilung der Gelder keine lenkende Wirkung mehr. Für eine ressourcenschonende Verkehrspolitik müssen diese Mittel zwingend zur Verfügung stehen, was das Stimmvolk unter anderem mit der Einrichtung eines Bahninfrastrukturfonds entschieden hat. Notwendige Projekte zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs in ländlichen Gebieten könnten allenfalls nicht realisiert werden. Die Schweizer Demokraten (SD) ziehen es vor, den Automobilisten mittels steuerlichen Entlastungen für verbrauchsarme Fahrzeuge zu unterstützen. Ausserdem sollte man mit finanziellen Massnahmen weitere Preiserhöhungen bei den Bahnbillets verhindern. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizinengesetz, FMedG)

Die Gesetzesänderung verlangt, dass im Rahmen der künstlichen Befruchtung der gezeugte Embryo vor seiner Einpflanzung in die Gebärmutter genetisch untersucht werden darf. Vor einem Jahr hat das Stimmvolk bereits die entsprechende Verfassungsänderung angenommen. Einem Paar, das auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen kann, würde diese Präimplantationsdiagnostik (PID) ebenfalls zur Verfügung stehen. Diese Zulassung lehnen die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ab, zumal eine verhältnismässig hohe Anzahl von potenziellen Eltern für eine PID in Frage käme. Dies hätte eine ungerechtfertigte Auswahl zwischen bevorzugtem und weniger gewünschtem Leben zur Folge. Gleichzeitig soll die Entwicklung von bis zu zwölf Embryonen (heute drei) erlaubt werden, was diese Wahlmöglichkeit nochmals verstärkt. Die Geburt eines Menschen mit schwerwiegendem gesundheitlichem Gebrechen würde wohl auf diese Weise generell verhindert. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Änderung des Asylgesetzes (AsylG)

Mit dieser Revision des Asylgesetzes soll die Grundlage für beschleunigte Behandlungsverfahren geschaffen werden. Zudem will man einen Grossteil sämtlicher Gesuche in sogenannten Bundesasylzentren bearbeiten. Im Gegenzug erhalten jedoch alle Asylbewerber eine kostenlose Rechtsvertretung, was die Schweiz als Zielland für Flüchtlinge noch attraktiver macht. Die Folgen wären auch ein Anstieg der Rekurszahl, sodass man letztlich eher mit einer Verlängerung der Verfahrensfristen rechnen müsste. Des Weiteren kann der Bund die Kantone, die Gemeinden und vor allem private Hauseigentümer zur Errichtung neuer Asylzentren enteignen. Eine solche Regelung ist totalitär und beschneidet demokratische und freiheitliche Grundrechte. Die Schweizer Demokraten (SD) vermissen bei dieser Vorlage zwingende Massnahmen zur Beschränkung der Asylummigration. Eine sofortige Einführung von Grenzkontrollen sowie eine Bewachung der südlichen Grenzgebiete tun not. Ausserdem befürworten die SD eine konsequente Wegweisung von Asylanten mit abgelehnten Gesuchen. Zur Vorlage wurde die Nein-Parole beschlossen.

Frühlingsversammlung der SD Schweiz